

Rathaus-Korrespondenz

1

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN. MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 13. Dezember 1963

Blatt 2951

Otto Wagner-Ausstellung in Darmstadt

=====

13. Dezember (RK) Das Hessische Landesmuseum in Darmstadt zeigt gegenwärtig die Ausstellung "Otto Wagner, 1841 bis 1918 - Das Werk des Wiener Architekten", eine Exposition, die bis 2. Februar dem Publikum zugänglich bleibt. Es handelt sich hierbei um die Wiener Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien im vergangenen Sommer, die zur Gänze von Darmstadt übernommen worden ist. Der umfangreiche Katalog, den das Hessische Landesmuseum zu diesem Anlaß herausgab, wird deshalb durch ein Vorwort des Wiener Museumsdirektors Dr. Franz Glück eingeleitet und enthält die eingehende Darstellung des Lebenswerkes von Otto Wagner, die von Otto Antonia Graf anläßlich der Vorbereitung der Wiener Ausstellung veröffentlicht worden ist.

Das besondere Interesse, das Darmstadt dem Wiener Architekten Otto Wagner entgegenbringt, wird durch die dortigen Arbeiten des Wagner-Schülers Olbrich erklärt. Olbrich schuf auf der Mathildenhöhe bedeutende Bauwerke, die alle Verheerungen des zweiten Weltkrieges überdauert haben.

- - -

Kreditverein senkt Zinsen ab 1. Jänner
 =====

Ein Beitrag zur Förderung von Handel und Gewerbe

13. Dezember (RK) Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wird ab 1. Jänner 1964 eine Zinsfußsenkung bei Gewerbekrediten und Personalkrediten vornehmen.

Der Zinssatz für Gewerbekredite bis 250.000 Schilling bleibt mit 6.5 Prozent unverändert.

Der Zinssatz für Gewerbekredite über 250.000 Schilling wird um ein Prozent auf 7.5 Prozeht gesenkt.

Ebenso ist eine Senkung des Zinsfußes für Gewerbekredite über 500.000 Schilling um ein halbes Prozent auf acht Prozent geplant.

Diese Zinsfußsenkung stellt zweifellos einen echten Beitrag zur Förderung des Wiener Handels und Gewerbes dar.

Durch die Bereitstellung weiterer zehn Millionen Schilling an Kreditmitteln durch die Stadt Wien, können dem Wiener Handel und Gewerbe neuerlich Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionskredite werden durch den Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zu einem Zinssatz von vier Prozent vergeben.

Im Rahmen dieser seit längerer Zeit laufenden Kreditaktion wurden bereits 110 Millionen Schilling zur Modernisierung von Betrieben bewilligt, die zur Erneuerung von Portalen und Geschäftseinrichtungen, aber auch zum Ankauf von Maschinen Verwendung fanden.

Die Personalkredite an Arbeiter und Angestellte werden nunmehr einheitlich mit siebeneinhalb Prozent verzinst.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
 =====

13. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, 18. Dezember:

16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock.

Freitag, 20. Dezember:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

- - -

Bücher für Wiens Schuljugend
=====

13. Dezember (RK) In Fortsetzung des Ankaufes eines für Wiens Schuljugend geeigneten Europabuches hat der Gemeinderatsausschuß III in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Erwerb von 7.150 Exemplaren der Publikation "Unser Europa" zu genehmigen. Damit sollen die Schüler der vierten Klassen der Wiener Haupt- und Sonderhauptschulen noch vor Jahresende 1963 beteiligt werden. Der Inhalt des Buches ist für den Unterrichtsgebrauch bis Ende des laufenden Jahres bestimmt.

Der Gemeinderatsausschuß III hat gleichzeitig für die vierten Klassen der Volks- und Sondervolksschulen den Ankauf von 3.000 Exemplaren des Sprachbuches: "Gut sprechen! Richtig schreiben! Scharf denken!" gebilligt. Für beide Publikationen ist ein Kostenerfordernis von rund einer halben Million Schilling anzunehmen.

- - -

60. Geburtstag von Willi Bouffier
=====

13. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet Hochschulprofessor Dr. Willi Bouffier das 60. Lebensjahr.

Er wurde in Frankfurt am Main geboren, wo er Rechts- und Staatswissenschaften studierte. Seit 1928 wirkte er an der Hochschule für Welthandel in Wien und habilitierte sich für Betriebswirtschaftslehre. 1938 wurde er aus dem Hochschuldienst entfernt und 1945 reaktiviert. Seit 1946 ist er Ordinarius. Er leitete zunächst das Institut für Kleingewerbsforschung und wurde später Vorstand des Institutes für industrielle Betriebswirtschaft. In den Studienjahren 1949/50 und 1950/51 bekleidete er die Rektorswürde. Bouffier hat teils in Buchform, teils in Beiträgen für Fachzeitschriften zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Sein besonderes Augenmerk gilt der Kostenrechnung. Er ist auch Herausgeber der Zeitschrift "Der Österreichische Betriebswirt".

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschriften übermittelt.

- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
=====

13. Dezember (RK) Am siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) erstattete das Referat.

Der Referent gab einen Überblick über die Leistungen der zu seiner Geschäftsgruppe gehörenden Magistratsabteilungen.

Die Magistratsabteilung 20, Plan- und Schriftenkammer: Die im Jahre 1961 begonnene Adaptierung der Arbeitsräume wurde heuer beendet und die Modernisierung der Anlage im großen und ganzen abgeschlossen. Der umfangreichen Bautätigkeit und Planung des Stadtbauamtes entsprechend, ist der Bedarf an Plänen und Karten sehr groß. Heuer werden etwa 4.000 Karten an die technischen Dienststellen ausgegeben werden, der Jahresumsatz der Lichtpaus- und Plandruckanstalten wird sich in der Höhe des vorjährigen Umsatzes bewegen und 1,4 Millionen Schilling ausmachen.

Die Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung: Nach der Beendigung der Elektrifizierung der gesamten Wiener Gasbeleuchtung und der neuen Beleuchtung der Wiener Ringstraße galt es im Jahre 1963 in Zusammenarbeit mit der Straßen-, Brücken-, Gartenbauabteilung zahlreiche Neu- und Umbauten der Straßenbeleuchtung durchzuführen. Davon sind vor allem zu nennen: die neue Beleuchtung der Donaukanalstraßen, der dritten Donaubrücke, der Donaukanalbrücke, der Hadikgasse, des Flötzersteiges.

Durch diese Arbeiten wurde die Straßenbeleuchtung in Wien um 10.000 Lampen in 3.500 Lichtstellen (Leuchten) vermehrt.

Ende 1963 werden daher 118.500 elektrische Lampen in 90.500 Leuchten in Betrieb sein.

Besonders bemerkenswert ist für 1963 die Mitwirkung an der WIG - Ausstellung (Seebühne usw.) und an drei neuen Gashochdruckleitungen im 23. Bezirk.

Und nun zu den nächsten Planungen auf dem Gebiete der Straßenbeleuchtung: Es ist gelungen, ab 1964 ein finanziell und personell separat dotiertes Fünfjahresprogramm zur Verbesserung der bereits-

unzulänglichen und veralteten Glühlampenbeleuchtung in den verkehrswichtigeren Straßen der Innenbezirke sicherzustellen. Im Zuge der Durchführung dieses Programmes werden rund 8.000 moderne Leuchten mit etwa 14.000 Lampen gesetzt werden können. Auf diese Weise werden beispielsweise die Schottengasse - Herrengasse - Augustinerstraße, die Obere Donaustraße, Ungargasse und Erdbergstraße, Prinz Eugen-Straße, Argentinierstraße, Reinprechtsdorfer Straße, Gumpendorfer Straße, Lerchenfelder Straße, Skodagasse, Nußdorfer Straße, Favoritenstraße, Geiselbergstraße, Hetzendorfer Straße, Hietzinger Hauptstraße, Hütteldorfer Straße, Sechshäuser Straße, Neulerchenfelder Straße, Hernalser Hauptstraße, Gersthofener Straße, Billrothstraße, Klosterneuburger Straße usw. innerhalb der nächsten fünf Jahre verkehrsgerecht neu beleuchtet werden können.

Im übrigen wird sich das Straßenbeleuchtungsprogramm sehr eng an das Straßenbauprogramm, an das Wohnungs- und Gartenbauprogramm 1964 anschließen müssen.

Besonders erwähnenswert aus dem künftigen Straßenbeleuchtungsprogramm sind: Die Beleuchtung des Kaisermühlendamms zwischen Reichsbrücke und Floridsdorfer Brücke mit Natriumdampflampen, die Beleuchtung des Wasserparkes, die Vorarbeiten zur Neubeleuchtung der Lastenstraße (Zweierlinie) einschließlich des Verkehrsbauwerkes Mariahilfer Straße - Getreidemarkt, die neue Beleuchtung der neugestalteten Bundesstraße 1 im Wiener Bereich und die Beleuchtung der neuen Verkehrsfläche in Neu-Kagran (Montage-Bau).

Die Magistratsabteilungen 35, 36 und 37, Baupolizei: Eine Reihe von bemerkenswerten öffentlichen Bauvorhaben wurde behandelt. Das Problem Schallschutz wurde eingehend studiert. An den Normen für Holzwohnhäuser und Schüttbauweise wurde maßgeblich mitgearbeitet, ebenso an der Novellierung der Bauordnung, zu der zahlreiche Anregungen gegeben wurden.

Für die inneren Bezirke Wiens (1 bis 9 und 20) wurden im Berichtsjahr Baubewilligungen für die Errichtung von 1.312 Wohnungen erteilt, was gegenüber dem Vorjahr ein Sinken von mehr als 50 Prozent bedeutet. Trotz der Vermehrung der Zahl der erteilten Baubewilligungen im Ausmaß von mehr als sechs Prozent ist die Zahl der Wohnungen, auf die sich diese Baubewilligungen beziehen, ganz bedeutend zurückgegangen. Darin zeigt sich, daß gegenüber den Vorjahren viel weniger Wohnungen und dafür mehr Büro- und Geschäftsräume gebaut werden.

In den äußeren Bezirken Wiens (10 bis 19 und 21 bis 23) ist das stärkere Sinken der Benützungsbewilligungen auffallend, das auf eine weitere Verlangsamung der Baufertigstellungsarbeiten zurückzuführen ist.

Es wurde die Herstellung von 4.890 Wohnungen bewilligt und 4.190 Privatwohnungen und 2.740 Gemeindewohnungen der Benützung übergeben.

Als Maßnahme gegen das "Wilde Bauen" wurde die im Vorjahr begonnene Aktion, an Samstagen durch Überstundenleistungen Überwachungsfahrten durchzuführen, auch heuer in den Randbezirken fortgeführt. Im Zuge dieser Aktion wurde in 17 Fällen Baumaterial beschlagnahmt. Die eingesetzten Beamten waren dabei mehrmals Beschimpfungen ausgesetzt. Ihr pflichtgemäßes Vorgehen wurde auch zum Gegenstand von Beschwerden gemacht. Wie sich jedoch die Stadtbaudirektion durch Entsendung eines leitenden Beamten zu solchen Aktionen überzeugen konnte, waren alle Anwürfe völlig unbegründet. Das korrekte Vorgehen der Amtorgane wurde bestätigt. Es muß jedoch neuerlich in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Überwachungsaktionen an Samstagen zwar erfolgreich sind und ein Zurückgehen der unbefugten Bauführungen in manchen Gebieten beobachtet werden konnte, daß ein wirklich durchgreifender Erfolg aber einzig und allein erzielt werden kann, wenn die seit Jahren immer und immer wieder beantragte Vollstreckung von Abtragungsaufträgen im Wege der Ersatzvornahme in einer Mehrzahl von Fällen tatsächlich erfolgen würde. Derzeit werden zufolge Personalmangels Einzelfälle aufgegriffen und Baumaterialien beschlagnahmt. Alle durch diese dünne Kette geschlüpften "Schwarzbauer" wiegen sich auf Grund der jahrelangen Praxis in der Sicherheit, daß ihnen nichts mehr zustoßen könne.

Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar und kann auch durch äußerst zögernd und milde geführte Strafamtshandlungen nicht gebessert werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an alle Mitglieder dieses Hauses abermals die Bitte richten, die Maßnahmen der Magistratsdienststellen nicht durch Interventionen zu verhindern oder zu verschleppen. Die Aktion gegen das "Wilde Bauen" wird im nächsten Jahr jedenfalls weitergeführt werden.

Die Magistratsabteilung 39, Städtische Prüf- und Versuchsanstalt: Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt war im laufenden Jahr ebenso intensiv beschäftigt wie in den Vorjahren. Die durch den langen, kalten Winter verzögerten Prüfanträge für Güteprüfungen von Baustoffen wurden später wieder aufgeholt. Die Leitung der Anstalt ist bestrebt, die Zusammenlegung aller Unterabteilungen zu erreichen, da eine Neuanlage der Prüfanstalt in größerem Ausmaß und eine Modernisierung der Prüfanlagen auf den derzeitigen Stand der Technik unbedingt erforderlich ist. In Zusammenarbeit mit der Stadtbauamtsdirektion wurde auch bereits ein günstig gelegener Bauplatz gefunden, der auch späterhin Ausbaumöglichkeiten gestatten würde.

Die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten: Die Arbeit dieser Magistratsabteilung wird in der Öffentlichkeit nach wie vor wenig wahrgenommen, obwohl sie im eminenten Interesse der Stadtverwaltung gelegen ist. Auch für verschiedene Bundesdienststellen führt diese Abteilung Grundsätzungen durch.

Die Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung: Es gibt kaum eine Dienststelle der Stadt Wien, die nicht mittelbar oder unmittelbar die Tätigkeit der Stadtvermessung benötigen würde. Sie besteht nicht nur in der Anfertigung der Planunterlagen für die Projektierung aller städtischen Bauvorhaben und in der ständigen vermessungstechnischen Mitarbeit bei der Ausführung dieser Projekte, sondern ist viel weiter gespannt: Die Arbeit an den Festpunktnetzen für Lage- und Höhenangaben machen es allen Vermessungstätigen überhaupt erst möglich, solche Messungen wirtschaftlich durchzuführen und miteinander in Beziehung zu bringen. Die Stadtvermessung hat auch alle kartographischen Arbeiten für den Bedarf der Stadtverwaltung durchzuführen. Wegen mancher Unter-

lassungen unserer Väter und Großväter, ist dieser Bedarf sehr groß; es wird der Anstrengungen vieler Jahre, des Einsatzes der modernsten Hilfsmittel und auch zusätzlichen Personales bedürfen, um hier, zum Teil wenigstens behelfsmäßig, der Stadt Wien alle kartographischen Erzeugnisse zur Verfügung zu stellen, deren eine zeitgemäße Stadtplanung und Stadtverwaltung bedarf.

Mit Rationalisierungsmaßnahmen läßt sich manches erreichen, wie aber steht es mit der Anwendung der Automation? Diesbezüglich ist in unserer Stadtvermessung schon einiges geschehen: Seit vielen Jahren werden optische Hochleistungs-Distanzmesser mit automatischer Reduktion verwendet; die Mehrzahl der Höhenbestimmungen wird mit automatisch horizontierenden Nivelliergeräten ausgeführt, das photogrammetrische Auswertegerät ist als Analogierechengerät zumindest als Halbautomat anzusehen. Auch mancher moderne Reproduktionsverfahren sind Mittel zur vermessungstechnischen Automation. Mit der Anwendung von programmgesteuerten elektronischen Rechenanlagen konnte noch nicht begonnen werden; es wird versucht, die Rechenanlage der Magistratsdirektion hierfür heranzuziehen, doch scheint dies recht schwierig zu sein, da diese Anlage zunächst nicht für die Bewältigung mathematisch-geodätischer Aufgaben eingerichtet ist. Eingehende Studien und Versuche zusammen mit der Magistratsdirektion sind im Gange, um den zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Weg zu finden, um die umfangreichen und zeitraubenden vermessungstechnischen Berechnungen zumindest teilweise zu automatisieren. Auch auf diesem Gebiet konnte schon ein erster Teilerfolg erreicht werden; die gesamten Berechnungen für das neue Wiener Höhen-Festpunktnetz wurden mit der elektronischen Rechenanlage durchgeführt, wofür sonst ein Vermessungstechniker mindestens drei Monate gebraucht hätte! Allerdings war hier auch am ehesten ein Erfolg zu erwarten, da diese Aufgabenstellung geradezu der bestehenden Anlage angepaßt ist.

Soweit dies heute voraussehbar ist, werden 1964 unter anderem folgende größere Arbeiten durchzuführen sein: Die vermessungstechnische Mitarbeit bei der Tiefführung der Straßenbahn an der "zweier Linie" und am Margaretengürtel einschließlich aller damit zusammenhängenden Baumaßnahmen wird viele Kräfte binden. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr soll ein neuer "Feuerwehrplan" be-

gonnen werden und für den Bedarf der Wasserwerke ist der generelle Rohrnetzplan neu herzustellen. Für generelle Überlegungen zur optimalen Verkehrsgestaltung am Gürtel werden großmaßstäbliche Luftbildauswertungen durchzuführen sein, die Befliegung soll in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe: Der Friedhofsbetrieb wird auch heuer wie in den vorhergegangenen Jahren sämtliche Ausgaben einschließlich der Personalkosten, der Investitionen und der Wertabschreibungen aus eigenen Einnahmen decken. Dies gilt sowohl für den Hoheitssektor als auch für die beiden Gewerbebetriebe Städtische Friedhofsgärtnerei und Städtische Steinmetzwerkstätte.

Für die Graböffnungen, welche seinerzeit ausschließlich von eigenem Personal ausgeführt worden sind, mußten in den letzten Jahren fallweise Firmen herangezogen werden, da das Beerdigungspersonal immer schwerer auf dem notwendigen Stand gehalten werden kann. Im laufenden Jahre beträgt der Ausfall etwa 30 Prozent, wobei die zu bewältigende jährliche Erdbewegung im letzten Jahrzehnt von 42.000 auf 48.000 Kubikmeter gestiegen ist. Eine gewisse Erleichterung brachte der Einsatz von automatischen und motorisch angetriebenen Aufbruchgeräten, welche jedoch nur bei steinigem und gefrorenem Boden verwendet werden können. Infolge dieser Entwicklung haben sich die Kosten der Beerdigungsdurchführungen innerhalb von vier Jahren fast verdoppelt.

Die Instandhaltung und Pflege der einzelnen Grabstellen wird, sofern dies nicht von den Benützungsberechtigten selbst erfolgt, von der städtischen Friedhofsgärtnerei und privaten Friedhofsgärtnern besorgt. Die seit Jahren immer kleiner werdende Zahl der verfügbaren gärtnerischen Arbeitskräfte hat zu einer Verminderung der Firmenanzahl und ihrer Leistungskapazität geführt. Die Gesamtzahl der gepflegten Gräber in den Friedhöfen sinkt deshalb immer mehr.

Die Kosten der Reinigung und Einhaltung der Friedhöfe steigen dauernd und wirken sich insbesondere bei der Abfuhr der verdorrten Kranz- und Blumenspenden für Begräbnisse aus. Deren Menge hat sich seit etlichen Jahren mehr als verfünffacht. Platzmangel und fortschreitende Verbauung des Geländes um die Friedhöfe lassen ein

Verbrennen der Abfälle in den Friedhofsbereichen selbst fast nicht mehr zu und tragen somit zum Wachsen der Transportkosten wesentlich bei. Da in der neuen Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig derzeit Friedhofsabfall noch nicht angenommen wird, muß mit einem weiteren Steigen der Beförderungsausgaben gerechnet werden.

Bei den Friedhöfen Ober-Laa und Atzgersdorf wurden Teile der gewidmeten Erweiterungsflächen eingefriedet. Die gesamten östlichen und südlichen Erweiterungsflächen des Baugartner Friedhofes wurden einbezogen sowie Teile der eingefriedeten unbelegten Flächen des Urnenhaines der Feuerhalle und der Friedhöfe Ober-St. Veit, Hernalts, Neustift, Sievering, Jedlesee, Stammersdorf, Kagran, Aspern, Inzersdorf und Mauer durch die Herstellung von Wasserleitungen, Straßen, Wegen und Gräberfeldern teilweise ausgebaut. Im Südwestfriedhof wurde der Urnenhain vergrößert und in den Urnenmauern der Feuerhalle, des Stammersdorfer und des Inzersdorfer Friedhofes neue Urnennischen hergestellt. Im Wiener Zentralfriedhof wurden die Arbeiten zur Instandsetzung der Arkaden und Kolumbarien fortgesetzt und mit der Renovierung der Unterkirche begonnen. In den aufgelassenen Schachtgräbergruppen fünf und neun sind neue Flachgräber angelegt und ein Teil der Gruppe 40 für die Schaffung von ehrenhalber gewidmeten Gräbern und einer Anlage für Bombenopfer vorbereitet worden. Um den Betrieb der Gärtnerei von der öffentlichen Wasserversorgung unabhängig zu machen, wurde ein vorhandener Brunnen aktiviert, mit einer elektrischen Pumpe versehen und ein eigenes Versorgungsnetz installiert. Außerdem wurden ein Gewächshaus gründlich renoviert und die Straßen des Parkplatzes beim Tor IX asphaltiert. Bezüglich der Umfassungsmauer zwischen dem Urnenhain der Feuerhalle und dem Neugebäude wurde eine Klärung insofern herbeigeführt, daß Störungen durch die im letztgenannten Objekt untergebrachten Betriebe ausgeschaltet wurden. Durch die Eröffnung der neuen Zufahrtsstraße kann nunmehr der Arkadenhof der Feuerhalle vom Fahrzeugverkehr freigehalten werden. Der Seeschlachtgraben im Simmeringer Friedhof wurde vollkommen zugeschüttet und auf der neu gewonnenen Fläche mit der Anlage von Gräbern begonnen. Im Herbst 1963 konnten endlich die südlichen Erweiterungsgründe des Südwestfriedhofes übernommen werden. Die Sanierung alter Gräbergruppen und die Wiederbelegung eingezogener verwahrloster Gräber im Hietzinger Friedhof wurde fortgesetzt.

Die Kanzleiräume des Baumgartner Friedhofes und die Schauseiten der Aufbahrungskapelle im Ottakringer Friedhof wurden vollständig renoviert. In der Gärtnerei Hernals wurden ein Glashauss und die Wasserleitung instandgesetzt. Die Bauarbeiten für die Vergrößerung der Hallen in den Friedhöfen Jedlesee und Rodaun wurden beendet. Bei beiden Objekten wurden eigene Altarnischen, Priester- und Trägerräume sowie Leichenkühlanlagen neu geschaffen. Im Friedhof Siebenhirten wurde die baufällige Halle durch eine kleine neue ersetzt. Die Sanierungsarbeiten an den alten Gräbergruppen im Friedhof Groß-Jedlersdorf wurden fortgesetzt und im Liesinger Friedhof die letzte solche Gruppe umgestaltet. Im Stammersdorfer Zentralfriedhof sind neue Personalunterkünfte und eine neue Klosettanlage auf der Erweiterung hergestellt worden. Die Bezirksleichenkammer in 18, Senperstraße, wurde wegen zu geringer Frequenz aufgelassen und das Objekt an die Magistratsabteilung 48 übergeben.

Die ständig zunehmende Bautätigkeit, der Ausbau des Verkehrsnetzes und die steigenden Grundpreise erschwerten die Sicherstellung der notwendigen Erweiterungsflächen. Es wurden daher folgende Maßnahmen vorgeschlagen, die schließlich auch genehmigt wurden:

Verminderung der ersten Laufzeit eines Grabes von 15 auf zehn Jahre, Erhöhung des Normalbelages von drei auf vier Leichen, Erneuerungsverbot für ein Grab, in welchem 25 Jahre lang keine Beerdigung erfolgte, Einstellung der Grabvergebung auf Friedhofsdauer und Einziehungsmöglichkeit von bestehenden verwahrlosten Friedhofsdauergräbern. Damit konnte vorerst der jährliche Bedarf an neuer Friedhofsfläche von 80 bis 90.000 Quadratmeter auf 15 bis 16.000 Quadratmeter gesenkt werden.

Zur Lösung des Friedhofsproblems fiel die Entscheidung zu Gunsten einer Zwischenlösung mit 18 Friedhofssperren und 21 Friedhofserweiterungen. Dieses Projekt ist in Ausarbeitung und wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden. Es wird bereits die nach modernen Gesichtspunkten entwickelten Strukturpläne der zu vergrößernden Friedhöfe zeigen. Für die Gräberfelder sind im wesentlichen Rahmenbepflanzungen vorgesehen, welche Flach- und Rasengräber mit niedrigen Gedenkzeichen umschließen sollen. Die erforderlichen

Richtlinien hierfür wurden schon vor etlichen Jahren in die Friedhofsordnung eingebaut und bereits auf die bisher erschlossenen neuen Beerdigungsflächen angewendet.

Im Jahre 1964 sind folgende größere Arbeiten vorgesehen: Umbau der Aufbahrungshalle Ober-St. Veit und Atzgersdorf, Vergrößerung der Halle im Stammersdorfer Zentralfriedhof, Renovierung der Bezirksleichenkammer im 10. Bezirk und Errichtung einer Kühlanlage. Fassadenrenovierung des rechten Verwaltungsgebäudes im Wiener Zentralfriedhof. Fertigstellung der Eigenwasserversorgung in der Zentralfriedhofsgärtnerei, Ausgestaltung des Platzes zwischen dem alten und neuen Eingangstor bei der Feuerhalle, Regulierung der Haupteingänge in die Friedhöfe Dornbach, Aspern und Atzgersdorf, Einbeziehung und Aufschließung eines Teiles des südlichen Erweiterungsgebietes des Südwestfriedhofes, Fortsetzung der Aufschließungsarbeiten auf den Erweiterungen der Friedhöfe Baumgarten, Neustift, Sievering, Jedlesee, Stammersdorf, Kagran, Aspern und Mauer, Ausbau und teilweise Erneuerung der Wasserversorgungsnetze in verschiedenen Friedhöfen sowie Instandsetzung von Straßen und Wegen.

Die Entwicklung des Friedhofswesens bezieht sich auch auf die Gestaltung der Friedhöfe. Bereits jetzt bestehen gewisse Bestimmungen, die allerdings nur auf den Erweiterungsflächen unserer Friedhöfe zur Anwendung kommen können. Es geht uns hier nicht darum, einer "modernen" Gestaltung Raum zu geben, sondern wir wollen die Friedhöfe, die man noch 1870 als öffentliche sanitäre Anstalten bezeichnete, zu einem Garten gestalten, der den Besuchern ein freundliches Gedenken an die Verstorbenen bietet. Wir wollen immer mehr von dem nicht immer schön wirkenden Material Stein abkommen und der Pflanze den ihr gebührenden Platz einräumen. Gerade den Bewohnern Mitteleuropas ist ein reiches Pflanzenleben auch auf den Begräbnisstätten der Toten ein Bedürfnis. Dies hängt mit der Umwelt, in der sie leben, zusammen. Jenen Menschen, die in verkarsteter Natur oder an steinigen Klippen und Ufern ansässig sind, ist der Stein ein Ausdrucksmittel für die letzte Liebe, die sie ihren Toten erweisen wollen. So sollen, um der gewohnten Umwelt unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen, anstelle der steinernen Einfassungen der Grabstellen Pflanzen, anstelle der Kiesflächen Rasen, Zusammenfassung der Gräber zu gemeinsamen Grabbeeten und Grabdenkmale aus bodenständigen Material kommen.

Auf der im Jahre 1964 in Wien stattfindenden Gartenbauausstellung wird auch ein Musterfriedhof angelegt. Wir hoffen, dadurch der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, unsere Absichten zu sehen und zu verstehen.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten: In den im Verwaltungszeitraum stattgefundenen drei Straßenverkehrskommissionen wurden über Antrag der Magistratsabteilung 46 unter anderem 43 Einbahnstraßen, 17 Durchfahrtsverbote, 20 Abbiegeverbote und -gebote, neun Geschwindigkeitsbeschränkungen, 265 Halte- und Parkverbote einschließlich Ladezonen genehmigt, fünf Kurzparkzonen errichtet und an 188 Kreuzungsstellen der Vorrang geregelt. Als Vorrangstraßen wurden in der letzten Kommission die beiden Gürtelstraßen vom Döblinger Gürtel bis Gaudenzdorfer Gürtel, die Hernalser Hauptstraße, Jörgerstraße, Dornbacher Straße zum Teil, die Linzer Straße und die Felberstraße erklärt; mit der Kennzeichnung wurde begonnen.

Als Straßenverwaltung hat die Dienststelle in den abgelaufenen zehn Monaten 2.090 Straßenverkehrszeichen, 2.001 Zusatztafeln auf 1.002 Eisenständern sowie 130 Kettenständer neu aufgestellt. Für die Frühjahrs- und Herbstmesse sowie für den Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden separat 334 transportable Straßenverkehrszeichen auf Eisenständern aufgestellt und eingeholt. Ferner wurden sieben neue Verkehrsleuchtsäulen, 120 transparente Verkehrszeichen und 54 transparente Wegweiser neu aufgestellt.

Auf dem Arbeitsgebiet Bodenmarkierungen wurden 101.170 Meter Leit- und Sperrlinien, 18.251 Quadratmeter Zebraübergänge und Sperrflächen, ferner 1.607 einfache Pfeile, 747 Doppelpfeile sowie Beschriftungen für Autobushaltestellen, Taxistandplätze, Motorräder- und LKW-Stellplätze vorgenommen.

Die Errichtung von vollverkehrsabhängigen Lichtsignalanlagen: Die Wiener automatischen Verkehrslichtsignalanlagen haben im Prinzip folgende zwei Möglichkeiten zur Einstellung der Grünzeiten:

Jede einzelne Phase kann mittels Druckknopf von einem Verkehrsposten dem Bedarf entsprechend eingestellt werden. (Einstellung mittels Drehknopf auf einer Skala mit Sekundenanzeiger.)

Für größere Bereiche, wie zum Beispiel Praterstern oder Columbusplatz gibt es verschiedene Schaltprogramme (in der Regel Drei- oder Vier-Programme) mit verschiedener Umlaufdauer je nach der Fahrgeschwindigkeit und Verkehrsfrequenz (einzustellen durch Tastendruck von einem Polizeibeamten an Ort und Stelle). Durch diese genannten Verstellmöglichkeiten können aber nicht alle im Laufe des Tages oftmals nur kurzfristig auftretenden Verkehrsschwankungen berücksichtigt werden.

Einen großen Fortschritt bedeutete hier die Einrichtung einer Verkehrsleitzentrale mit Fernsehkontrolle, da jetzt durch einen einzigen Polizeibeamten eine große Zahl von Einzelkreuzungen oder Signalgruppen am Fernsehschirm beobachtet werden und das dem Bedarf entsprechende Schaltprogramm ohne Zeitverlust und Mühe eingeschaltet werden kann.

Teilverkehrsabhängige automatische Signalanlagen: Um zwecklose "Rot"-Zeiten zu vermeiden, werden seit vielen Jahren in Wien sogenannte teilverkehrsabhängige Signalanlagen gebaut, bei denen bestimmte Richtungen nur bei Bedarf und nur kurzfristig die Signalfarbe "Grün" bekommen. Dies gilt zum Beispiel für Nebenstraßen, die normalerweise kaum befahren werden, und daher dauernd Rot haben. Erst nach dem Überfahren einer Schwelle wird kurzfristig auf Grün geschaltet (solche Anlagen sind derzeit in Bau an der Eduard Klein-Gasse - Hietzinger Brücke, Rossakgasse - Altmannsdorfer Straße, Marsanogasse - Gürtelstraße usw.).

Für Straßenbahn-Einbiegerelationen oder Ausfahrten aus Bahnhöfen oder Nebenfahrbahnen wird mittels Oberleitungskontakte, Schienenkontakte oder Druckknöpfe eine eigene Phase angefordert (zum Beispiel Hernalser Hauptstraße - Wattgasse, Wallensteinplatz, Friedrich Engels-Platz usw.).

Für Fußgängerübergänge gibt es besondere Druckknöpfe im Zuge von Signalgruppen, die nur bei Betätigung durch Fußgänger den Verkehrsfluß stören (zum Beispiel Friedrich Engels-Platz, Floridsdorfer Hauptstraße - Jedleseer Straße und dergleichen).

Besonderes Ärgernis erregt bei den Lenkern von Kraftfahrzeugen stets dann ein Rot in der Zufahrtsrichtung einer Kreuzung, wenn aus den freigegebenen Querrichtungen kein Fahrzeugverkehr zu bemerken ist und auch keine Fußgänger die Kreuzung übersetzen.

Um solche unnötigen Zeitverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, soll im nächsten Jahr in Wien erstmalig eine Anzahl vollverkehrsabhängiger Signalanlagen an dafür geeigneten Kreuzungsstellen errichtet werden. Im Rahmen der Studienreise des Fachausschusses für Verkehrsfragen im September 1963 konnte festgestellt werden, daß sich in London einige hundert solcher vollverkehrsabhängiger Kreuzungsstellen befinden und auch in Paris 40 Signalanlagen dieser Art bestehen.

Bei einer vollverkehrsabhängigen Signalanlage wird für jede der beiden aufeinander senkrecht stehenden Anfahrtsrichtungen einer Kreuzungsstelle nur eine minimale Grünzeit (etwa 12 Sekunden) bereitgestellt. Diese kurze Grünzeit ist für allfälligen Fußgängerverkehr erforderlich. Die Anlage läuft daher in einem solchen Fall mit einer überaus kurzen Umlaufzeit ($12+4+12+4 = 32$ Sekunden) und mit entsprechend geringen Wartezeiten für die Verkehrsteilnehmer. Während dieser 12 Sekunden Grünzeit können etwa 5 PKW-Einheiten die Kreuzung übersetzen. Steigt die Verkehrsfrequenz, so wird die Grünzeit entsprechend der Anzahl der von Detektoren festgestellten Fahrzeugimpulse auf eine maximale Grünzeit (etwa 30 Sekunden) erhöht. Damit wird die größte Umlaufzeit auf insgesamt 68 Sekunden ($30+4+30+4$) verlängert. Die Verlängerung der Grünzeit erfolgt hierbei durch die Impulse von Bodenschwellen (in Paris und London werden dabei Gummischwellen verwendet, in Wien sollen in die Fahrbahn eingelegte Induktionsschleifen verwendet werden). Über Veranlassung der Magistratsabteilung 46 haben die Wiener Firmen Siemens & Halske Ges.m.b.H., Wien 3., und E. Schrack, Elektr. AG. Wien 12, im Sommer 1963 Versuche in dieser Hinsicht durchgeführt und ein produktionsreifes Modell hierfür entwickelt. Auch die österreichische Vertretung der Firma Signalbau Huber, München (Ingenieur Gmachi) hat ein entsprechendes Anbot für Gummischwellen vorgelegt, die vertieft in die Fahrbahn eingelegt, mit einem Belag bedeckt und daher laut Angabe von Fahrzeugen und Schneepflügen nicht mehr beschädigt werden können.

Die erste dieser vollverkehrsabhängigen Signalanlagen soll im Frühjahr 1964 an der Kreuzungsstelle in Wien 1, Johannesgasse - Seilerstätte entstehen. Nach Vorliegen der ersten Erfahrungen (insbesondere über die Einstellung der minimalen und maximalen Grünzeiten für Wiener Verkehrsverhältnisse) sollen weitere derartige

Anlagen an hierfür geeigneten Einzel-Kreuzungen errichtet werden.

Ergänzend muß aber festgestellt werden, daß auch eine vollverkehrsabhängige Signalanlage nur in der Lage ist, die verfügbaren Grünzeiten dem Bedarf entsprechend zu verteilen. Sie kann naturgemäß keine Erhöhung der durch die Fahrbahnbreiten gegebenen maximalen Leistungsfähigkeit erzeugen. Zu den Stunden des Spitzenverkehrs, wenn aus allen Anfahrtsrichtungen mehr Fahrzeuge die Kreuzung übersetzen wollen, als die Signalanlage verarbeiten kann, werden die Induktionsschleifen für beide Richtlinien die maximalen Grünzeiten einschalten.

Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen: Im Berichtsjahr wurden in den abgelaufenen 10 Monaten 3.544 Personenkraftwagen, 818 Lastkraftwagen, 461 Motorräder, 683 Anhänger, 34 Zugmaschinen, 63 Omnibusse, demnach insgesamt 5.603 Kraftfahrzeuge geprüft und Einzelgenehmigungen ausgefertigt. Ferner wurden 1.871 Berichtigungen von Kraftfahrzeugdokumenten wegen Änderung an den Einrichtungen beziehungsweise sonstigen technischen Abänderungen vorgenommen, sowie 20 LKW für Personenbeförderungen, 26 LKW für Tiertransporte begutachtet und 214 amtliche Nummern in Motore und Fahrgestelle eingeschlagen. Im gleichen Zeitraum legten 35.185 Führerscheinbewerber die Lenkerprüfung ab. Davon haben 16.354 Kandidaten die Prüfung bestanden und 18.831 Kandidaten nicht bestanden. Letztere wurden in 8.108 Fällen polizeilich, in 3.081 Fällen technisch und in 7.642 Fällen praktisch reprobirt.

Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen für den Verkehr in unserer Stadt jene Voraussetzungen zu schaffen, die ihn flüssiger und sicherer machen. Wir werden im kommenden Jahr für die verkehrstechnischen Einrichtungen fast 25 Millionen Schilling aufwenden, ein Betrag, der sich möglicherweise noch erhöhen kann. Aber diese Summe und alle Bemühungen dazu werden nicht den gewünschten Erfolg bringen, wenn nicht die Lenker der Fahrzeuge ihren Beitrag zur Sicherheit des Verkehrs leisten. Was nützen Bodenmarkierungen, automatische Ampeln, Fernseheinrichtungen, ja selbst die Elektronic, wenn es immer wieder vorkommt, daß alkoholisierte und rücksichtslose Menschen hinter dem Lenkrad eines Fahrzeuges sitzen, wenn es als chic und modern gilt mit höchster Geschwindigkeit zu fahren und sich über alle Gebote und Verbote hinwegzusetzen.

Die Magistratsabteilung 49 - Stadtforstamt: Die Bedeutung unserer Wälder - sowohl der Wienerwaldforste als auch der Quellschutzforste - läßt sich in Zahlen allein nicht ausdrücken. Ihr Einfluß auf unser ganzes Leben, auf die atmosphärischen und klimatischen Verhältnisse, auf die Regulierung des Wasserhaushaltes und die Quellschüttung ist so bedeutend, daß wir die wohltuende Wirkung erst dann richtig erfassen können, wenn uns der Wald fehlt, wie es zum Beispiel im Nordosten unserer Stadt, gegen das Marchfeld hin, der Fall ist.

Aus diesem Grunde wurden im zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr relativ größere Mittel für Erholungswaldanlagen und Wohlfahrtsaufforstungen zur Verfügung gestellt. Die erweiterte Aufforstung auf der Kuppe des Laaer Berges im 10. Wiener Gemeindebezirk und die kilometerlangen Grüngürtel in Wien 22 zeigen, daß diese Geldmittel gut verwendet wurden. Die Wiener Bevölkerung kann sich glücklich schätzen, in unmittelbarer Nähe ihrer Stadt so ausgedehnte Waldgebiete wie den Lainzer Tiergarten, die Wälder in Hadersdorf, Neuwaldegg und Sievering sowie im Osten die Lobau, zu besitzen. Der Magistratsabteilung 49 obliegt es, diese Wälder zu erhalten, zu mehren und so zu behandeln, daß sie den an sie zu stellenden Anforderungen weitmöglichst genügen. Den Forstleuten des Stadtforstamtes ist damit die schwere Aufgabe gestellt, bei höchster Waldnutzung einen Wohlfahrtswald nachhaltig zu bewirtschaften.

Im Zuge der Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens wurde an einem der schönsten Plätze das Rasthaus "Rohrhaus" errichtet und am 25. Juni in Betrieb genommen. Es erfreute sich regsten Zuspruches seitens der 243.557 Tiergartenbesucher. Die neu aufgestellten in Form und Material gut in die Landschaft passenden Hinweis- und Orientierungstafeln fanden allgemeine Anerkennung. Bei den im Spätherbst des vergangenen Jahres eingebrachten Auerochsen stellte sich Nachwuchs ein und es wurde somit der Beweis erbracht, daß sich diese Wildart mit der neuen Umgebung und den veränderten Gegebenheiten gut abgefunden hat.

Die Arbeiten im Schwarzenbergpark wurden weitergeführt, Bänke aufgestellt, Bäume und Sträucher gepflanzt, Lagerwiesen und die drei Teiche weiter ausgestaltet.

In der Bewirtschaftung der Quellschutzforste wurden Maßnahmen getroffen, um den Aufbau naturgemäßer Mischbestände zu ermöglichen, sei es durch Führung von Schmalkahlschlägen oder Zäunung von Kulturflächen.

Für das Jahr 1964 ist die Weiterführung der Wohlfahrtsauf- forstung am Laaer Berg und im 22. Wiener Gemeindebezirk vorge- sehen, ferner die weitere Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens, des Schwarzenbergparkes und der Lobau. Im Lainzer Tiergarten sollen zwei Unterstandhütten aufgestellt und Straßen und Wege instandgesetzt werden. Im Schwarzenbergpark werden Lager- und Spielwiesen angelegt.

In den Quellschutzforsten wird versucht, durch Dolinen- aufforstung mit neuen Pflanzmethoden die Waldgrenze nach oben zu verschieben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Die neuen Pflegegebühren

=====

13. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung über die Neufestsetzung der Pflegegebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten. Außerdem ist in dem Landesgesetzblatt eine Verordnung über die Entschädigung für Mitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien enthalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Weihnachtsfeiern für Kinder und Alte

=====

13. Dezember (RK) Mittwoch, den 18. Dezember, findet um 15 Uhr in Altersheim Baumgarten eine Weihnachtsfeier statt. Am gleichen Tag, um 16 Uhr, ist eine Weihnachtfeier im St. Rochus-Heim in der Cumberlandstraße 53 vorgesehen.

Die Weihnachtsfeier der Kinderklinik Glanzing und der dortigen Kinderkrankenpflegeschule ist für Freitag, den 20. Dezember, 16 Uhr, festgesetzt.

- - -

Abschlußarbeiten in den Stadtkassen

=====

13. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten an den Werktagen von 19. bis einschließlich 31. Dezember 1963 für den Parteienverkehr geschlossen. Für die Erledigung der dringendsten Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird vorgesorgt, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

Morgen Samstag Eröffnung des Kahlenberghotels
=====

13. Dezember (RK) Wien ist um eine Fremdenverkehrsattraktion ersten Ranges reicher geworden. Auf dem Kahlenberg wurde ein schmuckes Hotel so hingestellt, daß es die Silhouette des Hausberges nicht verändert. Es hat daher außer dem Unter- und Erdgeschoß nur ein Stockwerk und bildet so die organische Fortsetzung des bisher schon bestehenden Kahlenbergrestaurants.

Die Gelegenheit des Hotelbaues wurde von der Stadt Wien dazu benützt, um auch die anschließende Aussichtsterrasse einer baulichen Veränderung zu unterziehen. Diese Aussichtsterrasse ist schöner als der früher so beliebte Aussichtsplatz. Durch den Umbau wurde erreicht, daß die Besucher nunmehr einen noch umfassenderen Fernblick haben.

Wie Stadtrat Schwaiger heute in einer Pressekonferenz ausdrücklich betonte, wurde durch die Errichtung des Hotels auch nicht ein einziger Quadratmeter des geschützten Wald- und Wiesengürtels verbaut.

Mit den Bauarbeiten wurde am 21. September 1961 begonnen. Architekt ist Professor Dipl.-Ing. Hermann Kutschera. Das Hotel verfügt über 33 Zimmer mit 61 Betten und ist mit allem neuzeitlichen Komfort ausgestattet; sämtliche Zimmer, die einen herrlichen Fernblick bieten, sind nicht nur mit Bad, Telefon, Rundfunk- und Fernsehleinrichtung, sondern auch mit einem Balkon ausgestattet und überdies vornehm und gemütlich möbliert. Trotz seiner besonderen Lage unmittelbar über dem Südabhang des Kahlenberges in 480 Meter ü.M., in einer Zone absoluter Ruhe, ist das neue Hotel auf der modernen Höhenstraße über Grinzing in kaum 20 Autominuten vom Stadtzentrum aus erreichbar.

Das neue Bauwerk nimmt nicht nur durch seine Lage, sondern auch durch seine technische Ausstattung eine besondere Stellung in der Wiener Hotellerie ein. Durch schalldämmende Einbauten in den Zwischenwänden und durch eine regulierbare Deckenstrahlungsheizung wird den Gästen der Aufenthalt in den Hotelzimmern in jeder Weise angenehm gemacht. Einige der Gästezimmer sind an eine Klimaanlage angeschlossen. Die neuartigen Telefonapparate dienen nicht nur der Verständigung nach innen und außen, sondern sind auch mit einer Einrichtung zum Rundfunkempfang ausgestattet.

Ebenso steht den Gästen ein Lift und neben der Eingangshalle eine Sitz- und Lesehalle sowie ein gesonderter Frühstücksraum mit Terrasse und der über eine Freitreppe erreichbare Garten mit Liegestühlen zur Verfügung. Vor dem Hotelgebäude wurde ein den Hotelgästen vorbehaltener Parkplatz angelegt. Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich auf zirka 20 Millionen Schilling belaufen, wovon zirka drei Millionen Schilling auf die Einrichtung entfallen. Die Finanzierung erfolgte zur Hälfte durch Eigenmittel und hinsichtlich der anderen Hälfte durch einen in Aussicht gestellten ERP-Kredit.

Das Hotel gehört auf Grund seiner Ausstattung zur Kategorie A. An Hotelzimmern derartiger Qualität besteht in der Hauptsaison noch immer ein Mangel. Zu der vornehmen und gediegenen Ausstattung kommt noch die ganz besondere Lage des Hotels, mit der sich in dieser Beziehung kein anderes Hotel der Stadt vergleichen kann. Unterhalb des Hotels erstreckt sich der Südabhang des Kahlenberges, der wegen des bestehenden Fahrverbotes auf der alten Kahlenberger ~~Strasse~~ von keinem Kraftfahrzeug befahren werden darf. Es herrscht daher auf dieser Seite des Gebäudes absolute Ruhe. Die außergewöhnlich gute Lage in Verbindung mit der guten Ausstattung des Hauses läßt ein entsprechendes Interesse erwarten.

Zum Betriebsbeginn in der Wintersaison sind folgende Preise in Aussicht genommen: das Einbettzimmer von 160 bis 250 Schilling; das Zweibettzimmer von 300 bis 450 Schilling.

So wie das Kahlenbergrestaurant seit 1935, wird auch das neue Hotel von der Groeger & Lob KG. unter der Leitung von Direktor Lob geführt.

Das neue Hotel auf dem Kahlenberg wird morgen Nachmittag in Anwesenheit von Bürgermeister Jonas, Mitgliedern des Stadt-senates und den Vertretern der wichtigsten Fremdenverkehrsorganisationen eröffnet und sofort dem Betrieb übergeben.

- - -

Der erste Schnee - der erste Schneebericht
=====

13. Dezember (RK) In der vergangenen Nacht verbreitete sich über ganz Wien leichter Schneefall. Bei einer Temperatur knapp um den Gefrierpunkt bildete sich vereinzelt Straßenglätte. Um 2.30 Uhr begann die Mannschaft der Straßenpflege mit der Ausfahrt von sieben Fahrzeugen, die auf Autobuslinien und Hauptverkehrsstraßen eingesetzt wurden. 58 eigene Arbeiter standen im Einsatz.

Heute früh um 6 Uhr begann die ganze Mannschaft der Straßenpflege in Stärke von 849 Mann, verstärkt durch 29 aufgenommene Schneearbeiter, ihren Dienst. Sie wurden vor allem zu Streuarbeiten herangezogen. Im Einsatz standen 92 Streufahrzeuge.

Der kürzlich fertiggestellte Streusandsilo an der Höhenstraße hat seine erste Bewährungsprobe bestanden. Es genügt ein einziges Großstreugerät für den gesamten Straßenzug. Früher mußten wegen der langen Anfahrtswege zu weiter entfernten Sandlagerplätzen mehrere Fahrzeuge verwendet werden.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über die Geschäftsgruppe VII

=====

13. Dezember (RK) Als erster Debattenredner befaßte sich GR. Herbert Mayr (SPÖ) mit Verkehrsfragen, wobei er daran erinnert, daß auch der Fußgänger ein Verkehrsteilnehmer ist und man alles daransetzen soll, ihn zu schützen. Die Magistratsabteilung 46 tut auch alles dazu, leider aber gibt es sehr viele Autofahrer, die nicht die genügende Umsicht walten lassen. Der Redner verwies dann darauf, daß er bereits im Jahre 1933 den Führerschein gemacht habe, seither aber nicht mehr gefragt wurde, wie die neue Verkehrsordnung aussehe, und auch nicht mehr untersucht wurde, ob er physisch in der Lage sei, ein Fahrzeug zu führen. So wie man Fahrzeuge periodisch untersuchen lassen muß, sollte man auch diesbezüglich vorsorgen.

Der Redner setzte sich dann für die Übereinstimmung der Schaltphasen bei gewissen Ampelsystemen ein und erklärte zur Frage der Verkehrszeichen: Wir müssen die Verkehrszeichen so aufstellen, daß sie den Verkehr sichern, ihre Aufstellung aber dort unterlassen, wo das Stadtbild verschandelt würde.

Bei Führerscheinprüfungen sollte man den Kandidaten nicht eine Mechanikerprüfung ablegen lassen, sondern ihn so prüfen, daß er sich im Verkehr richtig bewegen kann.

Anlässlich des Umbaus der Zweierlinie und der Umleitung des Verkehrs über den 7. Bezirk wurden vom Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes und einem Bezirksparlament Einwände erhoben. Als die Mariahilfer Straße umgebaut wurde, als die Neubaugasse umgebaut wurde und auch nun wieder hat man von einer Geschäftsstörung gesprochen, und anlässlich der letzten Umleitungen haben auch die Zeitungen von einem bevorstehenden Verkehrschaos geschrieben. Nach zwei, drei Tagen hat sich jeder Kraftfahrer seine eigenen "Schleichwege" gesucht, es kam zu keinem Verkehrschaos, und auch von einer Geschäftsstörung kann man nichts bemerken, das Weihnachtsgeschäft blüht.

Schließlich verweist GR. Mayr noch darauf, daß dem Parkhotel Schönbrunn eine Schachtel aufgesetzt wurde und somit von den vielen Plänen gerade jener ausgeführt wurde, den der zuständige Ge-

meinderatsausschuß abgelehnt hatte. Er fragte den Stadtrat, was er zu unternehmen gedenke, daß dem Beschluß des Gemeinderatsausschusses Rechnung getragen wird. (Beifall bei der SPÖ)

GR. Bolaffio (ÖVP) befaßte sich gleichfalls mit Verkehrsproblemen und verweist auf die großen Aufgaben, die die Magistratsabteilung 46 mit einem geringen Stand von Beamten zur Regelung und Sicherung des Verkehrs zu erfüllen hat: ihr obliegt die Aufstellung der Verkehrszeichen, das Anbringen der Bodenmarkierungen und die Errichtung von Verkehrssignalanlagen. Allerdings kann durch diese Vorkehrungen das Ziel, die Verkehrssicherheit und die Flüssigkeit des Verkehrs nicht voll erreicht werden. Ebenso aber ist es irrig anzunehmen, daß diese Einrichtungen eine klaglose Abwicklung des Verkehrs garantieren. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß eine Überzahl von Verkehrszeichen oft einen gegenteiligen Erfolg zeitigt. Zum Schluß sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht. Auch tragen die Verkehrszeichen in keiner Weise zur Verschönerung des Stadtbildes bei.

Zur größeren Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs würde sicherlich auch eine bessere Beachtung der Verkehrseinrichtungen, wie Verkehrszeichen, Sperr- und Leitlinien, Zebrastreifen usw. beitragen. Die Disziplin hat sich bei der großen Masse der Verkehrsteilnehmer in den letzten Jahren zwar sehr gebessert. Man schätzt aber, daß sich ungefähr zehn Prozent teils bewußt, teils unbewußt, den Bestimmungen nicht unterstellen wollen. Durch ihr Verhalten wird das Verkehrsgeschehen schwer beeinträchtigt. Man müßte endlich entsprechende Sanktionen durchführen. Der zwangsweise Besuch einer sogenannten Sonntagsschule mit Verkehrsunterricht wäre vielleicht eine wirksamere Bestrafung als die Verhängung eines Strafmandates.

Möglichkeiten um den Verkehr flüssig zu erhalten, sieht der Redner in einem Ausbau des Einbahnsystems, in einer Unterteilung von Zubringerstraßen in zwei Fahrstreifen und in der ausreichenden Errichtung von Parkgaragen und Parkplätzen rund um die Innenstadt. Von den Parkmöglichkeiten aus müßten gute Umsteigmöglichkeiten auf die öffentlichen Verkehrsmittel vorhanden sein. Auch eine Verschmälerung von vielfach zu breiten Gehsteigen, würde zur Verflüssigung des Verkehrs beitragen.

Der Ausbau der Verkehrsleitzentrale, die sich sehr gut bewährt, wäre dringend notwendig. Die Inbetriebnahme eines neuen von der Elektroindustrie konstruierten Signalgerätes ist zu begrüßen. Es gibt auch bereits ein amerikanisches Gerät, das in-stande ist, hunderte von Signalanlagen den Verkehrsanforderungen entsprechend zu dirigieren. Dieses Gerät, das in Kanada erprobt wird, kostet rund drei Millionen Dollar.

Für dringend notwendig hält der Redner die Errichtung einer Untersuchungsstelle für Kraftfahrzeuge. Vom Gesetzgeber ist zwingend vorgeschrieben, daß jedes Kraftfahrzeug nach einer bestimmten Zeit einer Überprüfung unterzogen werden muß. In Wien können jährlich aber nur höchstens 40 Prozent der davon betroffenen Fahrzeuge zur Kontrolle vorgeladen werden, da die vorhandenen Überprüfungsstellen nicht ausreichen. Diese Überprüfungen sind aber im Interesse unserer Verkehrssicherheit dringend notwendig. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

GR. Hausner (KLS) nimmt vom Standpunkt des Fußgängers zu den Verkehrsproblemen Stellung. Sicherlich wurde in den letzten Jahren manches unternommen, das zur Sicherheit der Fußgänger im Straßenverkehr beiträgt. Blinklichter allein genügen aber nicht, wenn nicht gleichzeitig ein Sicherheitsstreifen angebracht wird. Für unzweckmäßig hält es der Redner, die Verkehrsampeln aus der Sicht des Autofahrers zu montieren. Es müßten die Verkehrsampeln auch aus der Sicht des Fußgängers gut zu sehen sein. Man dürfte nicht immer wieder auf die Vermehrung der Ampeln im Interesse des Stadtbildes verzichten. Schließlich seien Leben und Sicherheit des Menschen doch wichtiger als die Schönheit des Stadtbildes. Großen Gefahren sind vor allen die Kinder und Jugendlichen der Randbezirke auf ihrem Schulweg ausgesetzt. Der Redner verlangt daher die Errichtung von Schulgehwegen in diesen Bezirken.

Zur Beleuchtung: in den Randbezirken ist sicher viel geschehen, aber es gibt doch noch immer "dunkle Punkte". Auch jene Siedlungen, die nur geduldet sind, haben ein Recht auf öffentliche Beleuchtung.

In diesem Zusammenhang unterstreicht der Redner, daß man streng gegen das wilde Siedeln vorgehen muß. Wenn jedoch ein Mensch schon 30 Jahre oder länger in einem Haus in einer wilden Siedlung wohnt, und es ist notwendig, das Dach zu reparieren, dann sei es nicht richtig, wenn die Baupolizei einschreitet.

Im Zusammenhang mit der Aufforstung fordert der Redner, die Gefahren der Versteppung müßten gebannt werden.

Bei den Friedhöfen wäre eine Neugestaltung dieser Steinfelder notwendig. Vor allem bei Neuanlagen müßte man die Fehler der alten Anlagen vermeiden. Der Kagraner Friedhof brauchte eine neue Aufbahrungshalle - der Stadlauer Friedhof sollte nicht aufgelassen werden.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) spricht zunächst über die öffentliche Beleuchtung. Die Finsternis der Nachkriegszeit ist heute in Wien einer großzügigen Beleuchtung gewichen. Eine Leistung die Anerkennung verdient. Heute kann man sich bereits mit der Verbesserung der Beleuchtungskörper beschäftigen. Vor allem eine gute Beleuchtung der Ausfallstraßen trägt wesentlich zur Verkehrssicherheit bei. Was allerdings die Beleuchtung gewisser Siedlungsgebiete betrifft, über die GR. Hausner gesprochen hat, so bestehen hier rechtliche Schwierigkeiten, weil dort die Straßen nicht im Gemeindeeigentum sind.

Zu dem Problem der wilden Siedlungen bemerkt der Redner, daß die öffentliche Hand da und dort mitschuldig sei. In der Ersten Republik wurde der private Wohnbau kaum gefördert. Der Bauwillen des einzelnen wirkte sich deshalb sozusagen als Wildwuchs aus. Trotzdem dürfen wir nicht eine Kapitulation für die Zukunft unterschreiben, besonders wenn es sich um Bauten im Wald- und Wiesengürtel handelt. Wir haben hier die Pflicht im Interesse der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung dem wilden Siedeln Einhalt zu gebieten.

Alle jene, die die Vorschriften mißachten, müssen unbedingt die vorgesehenen Strafen rigoros zu spüren bekommen. Allerdings müssen auch wir mit gutem Beispiel vorangehen: So dürfen zum Beispiel auch die Magistratsabteilungen nicht bauen, wenn sie noch keine Baubewilligung haben.

Was könnte man also tun? In erster Linie sollte man ein Expertenkomitee aufstellen, das alle wilden Bauten erfassen und katalogisieren müßte. Bei jenen Projekten, die schon vor Jahren errichtet wurden und durch die vor allem keine größeren Schädigungen des Gesamtinteresses erfolgt sind, werden wir jedoch nicht darum herum kommen, nachträgliche Genehmigungen zu erteilen, wobei allerdings unbedingt darauf zu achten sein wird, daß dann keine Möglichkeiten für Zubauten und ähnliches bestehen. ./.

In Hinkunft müssen alle Vorkehrungen dafür getroffen werden, daß man sich unbedingt an die Verordnungen hält. Solche Maßnahmen aber haben nur dann einen Zweck, wenn auch die Gemeinderäte kein offenes Ohr für Interventionen haben.

GR. Binder (SPÖ), der sich anschließend mit den Wiener Friedhöfen befaßt, entgegnet zunächst zwei Zeitungsartikeln, in denen Kritik an der Friedhofsverwaltung geübt wurde. Der eine Artikel kritisierte den Vorschlag von GR. Binder, auf der Moschingerwiese einen neuen Friedhof zu errichten, der zweite Artikel rügte die hohe Gebühr für die Bewilligung von Grabdeckeln.

Zur Gebührenfrage stellt er fest, daß die Gebühr für die Bewilligung eines Grabes in laufender Reihe auf den Hauptfriedhöfen ganze 160 Schilling kostet. Das ist doch keineswegs zuviel. Auf den sogenannten ~~Wahl~~ Friedhöfen müssen die Gebühren allerdings höher sein, vor allem dann, wenn ein Grab in ausgesuchter Lage gewünscht wird. Bei der Kritik an der Grabplatten-Gebühr wurde nicht bedacht, daß damit die Benützung auf 30 Jahre und nicht nur auf zehn Jahre erlaubt wird.

Sodann weist GR. Binder darauf hin, daß die Unkosten auf den Friedhöfen von Jahr zu Jahr steigen. Die für die Friedhöfe zuständige Magistratsabteilung 43 verfügt über ein Budget von 70 Millionen Schilling.

An den Berichterstatter richtet GR. Binder die Frage, was aus seinem Vorschlag über einen Friedhofsbau auf der Moschingerwiese geworden ist. Er wisse, daß dieses Gebiet nicht Eigentum der Gemeinde Wien sei, solche Flächen in Wald- und Wiesengürtel Wiens werden aber erfahrungsgemäß früher oder später durch wilde Siedler irgendwie "angeknabbert". Dies müßte die Stadtverwaltung jedoch rechtzeitig verhindern können.

Den Versuch der Friedhofsverwaltung, eine neue Form der Ausstattung von Friedhöfen zu forcieren, bezeichnet GR. Binder als lobenswert. Er empfiehlt, sich auf diesem Gebiet die Regelung zum Vorbild zu nehmen, die in Hamburg getroffen wurde. Dort werden auf einen Beschluß des Senats hin alle Friedhöfe nach einem einzigen Prinzip gestaltet. Nach dieser Regelung ist nur eine einzige Natursteinart in einer bestimmten Größe und mit einer bestimmten Inschrift erlaubt, Grabeinfassungen sind nicht gestattet. Jener Friedhof in Hamburg, der er gesehen hat, so sagt Gemeinderat

Binder, liegt in einer großen schönen Parklandschaft - es sei ein Friedhof, wie er sich ihn auch für Wien wünschen würde.

Anschließend kommt GR. Binder auf die Feuerbestattung zu sprechen, die er als moderne Form der Bestattung in einer modernen Großstadt bezeichnet. Die Kremation ist ästhetisch, hygienisch und bedeutend billiger als die Erdbestattung. Außerdem benötigt man dazu auch weniger Personal und weniger Platz auf den Friedhöfen. Auch auf den Friedhöfen gibt es ein Personalproblem, außerdem herrscht Platzmangel. Das sogenannte Flachgrab ist daher jene Form, die man in Zukunft immer mehr verwenden sollte.

Ferner regt GR. Binder an, zumindest auf dem Stammersdorfer Friedhof eine Verbrennungsanlage zu errichten. Ein Problem besteht aber noch immer: Im Falle der Kremation ist die Einsegnung durch die katholische Kirche verboten. Wir wollen aber hoffen, daß durch das Konzil oder den Papst dieses Verbot bald entweder aufgehoben oder wenigstens für Großstädte gemildert wird.

GR. Nesset (FPÖ) setze sich zunächst dafür ein, der Baupolizei, die bisher nur Vollmachten hinsichtlich der technischen und rechtlichen Seite von Bauvorhaben hat, auch jene Vollmachten zu geben, die sie in die Lage versetzen, das Stadtbild und vor allem das Landschaftsbild zu schützen.

In der Hauptsache befaßte sich der Redner mit Verkehrsproblemen, wobei er davon ausging, daß sich die große Masse der Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhält. Alle Schäden, alle Unfälle, alle Todesopfer werden durch einige wenige hervorgehoben. Diesen muß man ein besonderes Augenmerk zuwenden, sie müssen gegebenenfalls in die Schranken gewiesen werden. Bei ein wenig mehr Disziplin ließen sich auch mindestens 80 Prozent der Blechschäden vermeiden; dadurch könnten die Versicherungsanstalten da und dort ihre Prämien herabsetzen, was letztlich wieder allen zugute käme. So wird ein großzügiger Ausbau der Verkehrserziehung vonnöten sein. Man sollte schon in der Volksschule den Unterrichtsgegenstand Verkehrserziehung einführen und anstelle des seinerzeitigen Sandkastens einen Kinder-Verkehrserziehungsgarten einrichten. In den Kinos sollten Kurzfilme über die Gefahren des Verkehrs aufgeführt und in den Pensionistenklubs mehr Vorträge über Verkehrserziehung gehalten werden. Die Fahrzeuge

müssen wohl fallweise einer Prüfung unterzogen werden, nicht aber das Gehirn des Fahrzeuges, der Lenker. Man müßte auch sie von Zeit zu Zeit einer Prüfung unterziehen. Für die Lenkerprüfung wäre die Einführung eines amtlichen Unterrichtsbuches zu überlegen. Die Tatsache aber, daß in Wien fast 60 Prozent der Kandidaten die Führerscheinprüfung nicht bestehen, während es in den Bundesländern maximal fünf Prozent sind, müßte zum Anlaß einer Überprüfung genommen werden. Die technischen Verkehrsanlagen müssen in verstärktem Maße ausgebaut werden. Vor allem ist die Anlage weiterer gesicherter Fußgängerübergänge und von Schutzgittern vor den Schulen notwendig. In den Randbezirken fehlen vielfach Gehsteige, weswegen zur Sicherheit der Fußgänger gekennzeichnete Gehwege errichtet werden sollten. Alle diese Maßnahmen werden aber Stückwerk bleiben, wenn sich nicht alle Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhalten.

Der Redner setzte sich dann für eine Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung vor allem in den Außen- und Randbezirken, ein und gebe zu bedenken, daß das gelbe Flutlicht die Farben verändert und man daher genau prüfen muß, in welchen Straßenzügen man es anbringen kann. Weiter plädierte er für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels.

Seinem Vorredner entgegensteht der Gemeinderat, daß es Menschen gibt, denen es unmöglich erscheint, der Kremation eines Angehörigen zuzustimmen. Die Bevölkerung lehnt heute im allgemeinen die große Totenstadt ab, der Trend geht zum Ortsfriedhof. Allerdings muß bei der Anlage der Friedhöfe das Leben Vorrang haben. Wir dürfen Friedhöfe nicht auf jenen Plätzen anlegen, die der Erholung von Menschen besser dienen können. Schließlich bat der Redner, bei der Auflassung von Friedhöfen die sterblichen Überreste bedeutender Persönlichkeiten zu überführen.

GR. Josef Bauer (ÖVP) spricht von den großen Bemühungen der Stadtverwaltung um die Gestaltung unserer Parkanlagen und Gärten, die so viel zur Schönheit unserer Stadt beitragen. Doch eines können auch die schönsten Gärten den Menschen nicht geben, nämlich die Verbindung mit der unveränderten Natur. Das Naturerlebnis müßte vor allen Dingen unserer Jugend durch die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Wienerwaldes gegeben werden. Bereits 1905 hat der Wiener Gemeinderat die Erhaltung des Wald- und Wiesen-

gürtels beschlossen. Durch die Not der beiden Weltkriege wurden dann aber Schlägerungen vorgenommen, wilde Siedlungen errichtet und Parzellierungen durchgeführt. Es ist daher dringend notwendig dieser Entwicklung energisch entgegenzutreten. Der Wienerwald muß endlich in entscheidendem Maß geschützt werden, damit man ihn als Erholungsgebiet und Luftfilter in seinem Bestand erhalten und ausbauen kann. Da sich ein großer Teil des Wienerwaldes auf niederösterreichischem Gebiet erstreckt, müßte eine entsprechende Stelle geschaffen werden, damit gemeinsam mit Niederösterreich alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden können. Die Aufgabe dieser Stelle wäre es zunächst, weitere Schlägerungen und vor allem die Errichtung von Baulichkeiten zu verhindern, für die Errichtung von Spielplätzen, Lagerwiesen, Aussichtswarten, Waldteichen, Bädern und Wanderwegen zu sorgen. Diese Stelle müßte auch darauf achten, wo und wann Aufforstungen vorgenommen werden sollen. In den entstehenden neuen Wohngebieten wird man gleichfalls durch Aufforstung neue Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen müssen.

Abschließen stellt der Redner fest, daß die Stadtverwaltung bereits große Grundflächen im Wald- und Wiesengürtel angekauft hat. Sie muß bemüht sein, im Interesse der Gesunderhaltung und der Erholung unserer Bevölkerung weiterhin große Beträge für die Erwerbung von Grund und Boden im Wald- und Wiesengürtel aufzubringen.

GR. Bednar (SPÖ) stellt fest, daß seit mehr als zwei Jahren immer wieder der Ruf nach einem Fahrverbot in der Hauptallee laut wird. Es kommt immer wieder zu lebhaften Diskussionen, ob ein derartiges Verbot erlassen werden soll oder nicht. Die Bezirksvertretung des 2. Bezirkes und viele andere Stellen sprechen sich dafür aus, den Prater wieder zu einem Erholungszentrum zu machen. Die Polizei vertritt jedoch die Meinung, daß die Hauptallee eine wichtige Ost-West-Verbindung darstellt und daß bei Sportveranstaltungen die Parkplätze und die Fahrbahnen unbedingt benötigt werden. Zahlen beweisen allerdings das Gegenteil.

So waren bei 38 Sportveranstaltungen im Stadion insgesamt 730.000 Besucher, im Durchschnitt pro Veranstaltung also 19.200 Besucher. Diese Durchschnittszahl täuscht jedoch, wenn man berücksichtigt, daß zum Beispiel bei einer Großveranstaltung im Stadion 77.500 Besucher anwesend waren, bei den meisten anderen Veranstaltungen die durchschnittliche Besucherzahl aber zwischen 3.000 und 4.000 Personen liegt. Bei Rennen in der Freudenau, es waren 23 Veranstaltungen, verzeichnete man durchschnittlich pro Veranstaltung rund 2.200 Besucher und in der Krieau bei 41 Veranstaltungen durchschnittlich 2.152. Diese Zahlen rechtfertigen es also keinesfalls, das ganze Jahr über für Parkmöglichkeiten und Fahrgelegenheit in so großem Maß zu sorgen. Auch die Klagen der Praterunternehmer über zu wenig Parkplätze sind unberechtigt, abgesehen von ganz wenigen Tagen im Jahr mit großen Praterveranstaltungen. Es gibt große Parkplätze beim Riesenrad, vor dem Messegelände und in den umliegenden Straßenzügen. Insgesamt stehen für den engeren Teil des Volkspraters rund 4.000 Parkplätze zur Verfügung. Die Hauptallee müßte also keinesfalls das ganze Jahr über den Kraftfahrzeugen zur Verfügung stehen. Die Abgase der Benzin- oder Dieselmotoren sind beträchtlich und für ein Erholungsgebiet schädlich. Der Redner verweist auch darauf, daß schließlich auch nicht alle Besucher des Stadions mit dem Auto vorfahren, sondern daß die weitaus größere Zahl zu Fuß geht. Auch sie haben ein Recht darauf, gesunde und frische Praterluft genießen zu können. Um den Prater auch für weniger Gehfreudige anziehend zu machen, könnte man Elektrokarren, wie sie am Messegelände bereits verwendet werden, durch die Hauptallee führen.

Als besonders bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß einzelne Autofahrer, die ihr Fahrzeug beim Heustadlwasser waschen, dort auch den Ölwechsel vornehmen und das schmutzige Öl ganz einfach ausrinnen lassen. Man müßte diese Menschen dazu anhalten, die Natur mehr zu schonen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß wir im kommenden Jahr die große Internationale Gartenschau veranstalten. Auch der Prater sollte hier einbezogen werden. Zeigen wir ihn unseren Gästen und auch unserer Bevölkerung so wie er sein soll: Ein Naturpark, wie ihn kaum eine Großstadt besitzt, als eine Quelle der Gesundheit und Erholung für alle.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) beschäftigt sich mit den Führerscheineprüfungen und stellt fest, daß hier nicht der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen kritisiert werden muß, sondern die Atmosphäre, die bei diesen Prüfungen herrscht. Man macht es den Leuten unnötig schwer, den Führerschein zu erlangen, wer ihn aber einmal hat, wird nicht mehr überprüft.

Der Redner bezeichnet es als merkwürdig, daß in Wien mehr als 50 Prozent bei den Lenkerprüfungen durchfallen, während es in den anderen Bundesländern nur fünf Prozent sind. Des weiteren kritisiert er verschiedene Mängel in der Verkehrsregelung. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen könne.

GR. Ing. Lust (ÖVP) verweist darauf, daß mehr als 50 Prozent aller Diplomingenieure im Gemeindedienst in den Abteilungen der Geschäftsgruppe VII beschäftigt sind. Das zeigt die große Bedeutung dieser Magistratsabteilungen. Bedauerlicherweise ist jedoch der Personalstand nach wie vor unzureichend. Er habe schon im Vorjahr auf die Unzulänglichkeiten des Dienstpostenplanes der Diplomingenieure verwiesen und einen Antrag eingebracht, den Dienstpostenplan zu revidieren. Bis zum heutigen Tag hat es der Amtsführende Stadtrat für Personalwesen nicht für notwendig befunden, sich damit zu befassen. Bei einer Untersuchung zeigt sich, daß die Juristen im Gemeindedienst doppelt so große Aufstiegsmöglichkeiten wie die Diplomingenieure haben. Bei dieser Sachlage muß man von einer Diskriminierung des Technikerstandes sprechen. Der Redner fordert daher nachdrücklich eine Änderung des Dienstpostenplanes. Gleichzeitig müßte auch das Dienstzulagensystem überprüft werden.

Der Redner beschäftigt sich dann mit drei Gesetzen, die seiner Ansicht nach dringend novelliert werden müßten. Da ist vor allem die Bauordnung. Stadtrat Heller hat gestern angekündigt, daß die große Novelle anfang 1964 beratungsreif sein wird. Er hoffe, auf eine rasche Beschlußfassung durch den Landtag.

Große Schwierigkeiten bringe auch das Garagengesetz in seiner derzeitigen Form. Hier müßte die Frage der Ablösungsmöglichkeiten untersucht werden; das gleiche gilt von den zu harten Bestimmungen für Hotel- und Bürobauten.

Die ÖVP-Fraktion habe schließlich eine Novellierung des Kanaleinmündungsgebührengesetzes verlangt, das derzeit einige ungerechte Bestimmungen enthält.

Auch bei der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten bedauert GR. Lust den dort herrschenden Personalmangel. Die Arbeit dieser Abteilung ist jedoch so wichtig, daß der Ausbau zu einer richtunggebenden Abteilung in allen Verkehrsfragen wünschenswert wäre.

Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe gerne zustimmen werde.

GR. Böhm (FPÖ) nimmt im Zusammenhang mit den Stadtforsten zum Problem der Schädlingsbekämpfung Stellung. Wie er erklärt, vernisse er in Voranschlag Angaben darüber, welche Mittel für die Schädlingsbekämpfung im Rahmen der Stadtforste bereitgestellt werden.

In Wien gibt es gegenwärtig 21.000 Siedler, 30.000 Kleingärtner und rund 6.000 Eigenheimbesitzer, die alle die gesetzlichen Vorschriften über die Schädlingsbekämpfung strikt befolgen. Allein für das Spritzen von Obstbäumen gibt jeder Siedler jährlich rund 300 Schilling, jeder Kleingärtner etwa 250 Schilling aus. Das heißt, daß die Siedler pro Jahr insgesamt 6,3 Millionen Schilling, die Kleingärtner 7,5 Millionen Schilling für diesen Zweck bezahlen.

Während nun das Stadtgarteramt die Siedler und Kleingärtner durch Subventionen bei ihrem Kampf gegen die Pflanzenschädlinge unterstützt, hat das Stadtforstamt im Voranschlag für 1964 keinen Betrag für die Schädlingsbekämpfung vorgesehen.

Es ist eine Tatsache, daß die Siedler und die Kleingärtner in Wien gegen die große Zahl jener Schädlinge schwer zu kämpfen haben, die aus den städtischen Forsten in ihre Anlagen "hinüberwechseln". So sind zum Beispiel alle Arten der Borkenkäfer von den städtischen Wäldern in die Kleingärten "übersiedelt", in der Lobau wimmelt es von Pappelspinnern, die Pflaunengespinstnotte ist schon in ganz Wien zu finden. Alle diese Schädlinge kommen aus den Stadtforsten. Trotzdem aber hat die Magistratsabteilung 49 keine Vorsorge zur Schädlingsbekämpfung getroffen, keiner der vorgesehenen Beträge sind dafür bestimmt. Auch bei der Aufforstung an Laaer Berg, wo sich der Pappelspinner immer mehr vermehrt und bereits die Siedlungen in der Umgebung befällt, wurde noch nichts gegen die Schädlingsplage getan.

Mit dem Problem der wilden Siedlungen im Wald- und Wiesengürtel Wiens befaßt sich GR. Billmaier (SPÖ). Er erinnert daran, daß GR. Bock schon vor einigen Jahren die Schaffung eines eigenen Gesetzes zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels gefordert hat. Im Zusammenhang mit der Anregung von GR DDr. Prutscher, die wilden Siedlungen zu katalogisieren, betont GR. Billmaier, daß sich die Magistratsabteilung 18 (Stadt- und Landesplanung) bereits mit dieser Frage beschäftigt und Vorarbeiten zur Aufstellung eines solchen Kataloges im Gange sind. Da dies alles jedoch nicht als ausreichend erscheint, stellt er den Antrag, geeignete Maßnahmen gegen unbefugtes Bauen zu ergreifen. In dem Antrag wird verlangt, daß für die wirksame Anwendung der bestehenden Rechtsvorschriften zur Verhinderung des unbefugten Bauens Sorge getragen und, falls dies erforderlich erscheint, auf eine Ergänzung der Rechtsvorschriften hingewirkt werden soll.

Dann kommt GR. Billmaier auf den Wunsch eines seiner Vorredner nach einer umfassenden Novellierung der Bauordnung zu sprechen. Er betont, daß daran schon gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang verlangt er, daß auch gegen die Weitervermietung von baupolizeilich gesperrten Wohnungen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Er weist dabei auf folgenden Fall hin: Eine Wohnung im 16. Bezirk wurde aus gesundheitlichen Gründen von der Baupolizei gesperrt. Aber - und das ist das Problem - mit der Sperre, der Anlegung eines Aktes und der Verständigung des Hausherrn sind die Befugnisse der Baupolizei erschöpft. Der Hausherr umging jedoch die Verfügung der Baupolizei: Er vermietete die Wohnung gegen eine saftige Ablöse an ein Ehepaar. Er sagte, die Wohnung könne nicht zum Wohnen benutzt werden, er sei aber bereit, einen Vertrag abzuschließen, wonach die Wohnung als Lagerraum vermietet wird. Das Ehepaar zog ein und bewohnte die gesperrten Räume. Dies aber ist nur ein Fall unter vielen.

Zur Frage der öffentlichen Beleuchtung unterstreicht GR. Billmaier die Tatsache, daß auf diesem Gebiet ungeheuer viel geschieht. Für die nächsten fünf Jahre wurde bereits ein umfassendes Programm aufgestellt, wobei im Voranschlag für 1964 als erste Rate bereits 5 Millionen Schilling eingesetzt sind.

Hier regt er an, nach Möglichkeiten zu suchen, mit denen dunkle Straßen - etwa durch Beimengung verschiedener Stoffe in Straßenbelag - aufgehellt werden können.

Zum Schluß kommt GR. Billmaier auf die städtischen Forste zu sprechen. Er unterstreicht dabei die Wichtigkeit der Wiederaufforstung auf dem Laaer Berg, wo heute schon sieben bis zwölf Meter hohe Bäume stehen. 1970 wird den Wienern dieser Wald schon als Erholungsgebiet zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang regt er auch an, den sogenannten "Böhmischen Prater", das Gebiet des alten Laaer Wäldchens, in die Aufforstung miteinzubeziehen.

Die Stadtverwaltung müsse alles dazu beitragen, um die vorhandenen Möglichkeiten zur Erholung der Wiener zu erweitern. Dies sei auch ein Gebot im Interesse der Gesundheit, denn wer hinaus in die Natur zieht, der meidet die Gasthäuser.

Damit ist die Debatte geschlossen. In seinem Schlußwort geht StR. Lakowitsch zunächst auf die Forderung nach Überprüfung der vor längerer Zeit bereits erworbenen Führerscheine ein und erklärt, daß diese Anregung sehr beherzigenstwert ist, aber nur auf gesetzlichen Wege geregelt werden kann. Es ist richtig, daß es bei der händischen Schaltung von Ampeln manchmal an der Koordinierung fehlt, doch ist zu hoffen, daß das Problem in den Zeitpunkt gehoben sein wird, in dem es möglich sein wird, allgemein die automatische Schaltung einzuführen.

Bei Führerscheinprüfungen sollte man darauf Bedacht nehmen, ob sich der Führerscheinbewerber bei stärkerem Verkehr richtig zu verhalten vermag, es dagegen dem Fahrzeugbesitzer überlassen, ob er sich in Falle eines Defekts oder einer Panne selbst helfen kann oder die Hilfe eines Fachmanns in Anspruch nehmen muß. Schließlich und endlich hat man von einem Kutscher auch nicht die Kenntnisse eines Tierarztes verlangt.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Lastenstraße hat die Presse wieder große Diskussionen angeführt, man hat Katastrophen vorhergesagt, aber sie sind nicht eingetreten. Die Findigkeit der Wiener Kraftfahrer ist so groß, daß sie auch damit fertig werden.

Es ist richtig, daß die Fahrzeuge alle zwei Jahre überprüft werden sollten. Da aber die Prüfstelle dazu nicht in der Lage ist, werden neu zugelassene Fahrzeuge im besten Falle erst nach vier

Jahren, manchmal erst nach fünf Jahren überprüft, um ältere Fahrzeuge in kürzeren Zeiträumen prüfen zu können.

Zum Schutze auch unbeholfener Fußgänger ist man bemüht, die Verkehrslichtsignalanlagen mit den roten und grünen Figuren zu versehen. Die Räumzeit - jene Zeitspanne, die dem Fußgänger zum Verlassen der Kreuzung zur Verfügung steht - ist so berechnet, daß auch Menschen, die nicht so rasch gehen können, während der für sie gültigen Phase die Fahrbahn überqueren können. Allerdings dürfen sie nicht mehr versuchen, die Fahrbahn zu überqueren, wenn auf Gelb geschaltet ist.

Wegen der Art, in der das Parkhotel Schönbrunn nach dem Brand wieder aufgebaut wurde, hat die Baupolizei eine Anzeige erstattet, und der Besitzer wurde mit 10.000 Schilling bestraft; er hat allerdings berufen, und es muß erst die Berufungsverhandlung abgewartet werden. Der Wiederaufbau nach dem Brand wurde vom Inhaber ohne Baubewilligung durchgeführt, und auch das wird nicht hingenommen werden.

Die Beleuchtung der Randgebiete wird weiter ausgebaut werden. Man kann aber nicht jenen Gebieten, wo wild gesiedelt wurde, wo also das Gesetz verletzt wurde, den Vorzug vor anderen Gegenden geben. Hinsichtlich dieser Gebiete, wo wild gesiedelt wurde, wird eine Art Inventur vorzunehmen sein.

Es ist sehr schwer, gegen jemanden einzuschreiten, der ein vor 20 oder mehr Jahren - wenn auch ohne Baubewilligung - errichtetes Haus bewohnt. Wenn auch das Recht auf Seite der Stadt Wien wäre, moralisch haben wir irgendwie den Anspruch verwirkt, hier rigoros vorzugehen. Man wird bei dieser Inventur Härten vermeiden, andererseits aber darauf bedacht nehmen, daß kein Anreiz mehr besteht, das Gesetz in dieser Richtung zu verletzen.

Im 22. Bezirk wird wohl aufgeforstet, um eine weitere Versteppung zu vermeiden, doch kann die Gemeinde hier nicht mit der gewünschten Schnelligkeit vorgehen, weil nicht alle Grundstücke in ihrem Besitz sind und es mühevoller Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern bedarf.

Über die Neugestaltung der Friedhöfe gibt es bereits entsprechende Bestimmungen. Bei der Frage, ob ein Friedhof belassen werden kann, muß man auch nach den Grundsätzen einer gewissen Wirtschaftlichkeit vorgehen. Es ist richtig, daß die Gemeinde für das Auflegen einer Platte auf einem eigenen Grab eine Gebühr verlangt.

Aber wir sind der Meinung, daß nicht soviel Stein auf Friedhöfe gelegt werden soll. Wir müssen auch darauf Bedacht nehmen, daß die Gräber zu einer neuen Benützung freigegeben werden können. Wenn jemand Sonderwünsche hinsichtlich eines bestimmten Friedhofes hat, dann kann er sich wohl auf einem Friedhof eine Grabstelle aussuchen, allerdings zu höheren Gebühren. Wir müssen wegen des Trends zu gewissen Friedhöfen so vorgehen. Bei der Planung neuer Friedhöfe müssen wir darauf Bedacht nehmen, sie nicht in Gebieten anzulegen, die für die Lebenden besonders geeignet sind.

Die Errichtung einer zweiten Feuerhalle erscheint im Hinblick auf die Zahl der Feuerbestattungen und die Höhe der Kosten als derzeit nicht gerechtfertigt. Von der Errichtung eines Friedhofes auf der Moschingerwiese hat man nach langen Überlegungen und Beratungen Abstand genommen. Diese Wiese ist im Besitz des Schottenstiftes und die Eigentümer würden eventuell bereit sein, den ganzen Schottenwald an die Stadt Wien zu verkaufen. Stadtrat Sigmund hat bereits die Verhandlungen aufgenommen und man wird versuchen, dort ein Ausflugsgebiet zu schaffen.

Die Vergebung der Ausschmückung der Grabstellen in Urnenhainen ist auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses ausschließlich der Verwaltung der Feuerhalle übertragen. Da die städtische Gärtnerei allein diese Arbeit nicht bewältigen kann, wurden zwei private Gärtner mit der Ausschmückung der Urnengräber beauftragt.

Zur Verkehrssicherheit: Das Verlangen nach mehr Disziplin der Verkehrsteilnehmer kann man nur unterstreichen. Die Verkehrserziehung der Kinder erfolgt in der Schule durch die Polizei und durch die Lehrkräfte, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um den Kindern zu sagen, wie sie sich im Straßenverkehr verhalten sollen. Die Einführung spezieller Unterrichtsstunden wäre kaum zweckmäßig. Die Errichtung von Schutzgittern bei den Schulen fällt in die Kompetenz der Schulverwaltung. Die Vermehrung von Schutzstreifen wäre sicherlich notwendig, doch wird dann immer wieder darüber geklagt, daß dadurch die Flüssigkeit des Verkehrs herabgesetzt wird.

Zur Kritik an der öffentlichen Beleuchtung ist zu sagen, daß die Wiener Beleuchtung vom Ausland immer wieder anerkannt wird, vor allem auch deshalb, weil nicht nur die Hauptstraßen, sondern auch die Seitengassen gut erhellt sind. Die Längs- und Queraufhängung der Leuchtstofflampen richtet sich nach der Fahrbahnbreite. Die Queraufhängung kommt jedenfalls bedeutend billiger.

Im Wald- und Wiesengürtel wurden in den letzten Jahren keine Parzellierungen mehr vorgenommen. Ein Komitee zur Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels, dem auch Niederösterreich angehört, besteht bereits, doch kommt es nur in sehr großen Intervallen zusammen.

Grabmäler von Persönlichkeiten oder solche von besonderem künstlerischem Wert wird man natürlich erhalten.

Mit dem Problem des Fahrverbotes in der Hauptallee hat man sich in der letzten Sitzung der Straßenverkehrskommission beschäftigt. Die Polizei hatte dagegen Bedenken, die übrigen Teilnehmer zeigten sich für eine Verhängung eher geneigt. Es wäre zweckmäßig, im Prater ein Reservat für Fußgänger, in dem diese in benzindampffreier Luft Erholung finden könnten, zu errichten.

Daß sich das Autowaschen und die damit verbundene Verunreinigung der Gewässer oft katastrophal auswirkt, ist richtig. In manchen kleineren Flüssen sterben dadurch bereits die Fische. Hier müßte man energisch dagegen einschreiten.

Wir sind alle "voll der guten Hoffnung", daß die Bauordnungs-Novelle Wirklichkeit wird. Wir brauchen sie sehr dringend.

Garagengesetz: Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen werden wir uns mit einer Novelle befassen.

Eine Novellierung des Kanceleinmündungsgebührengesetzes wäre tatsächlich ebenfalls notwendig.

Personalmangel bei der Magistratsabteilung 46: Er hoffe, daß es gelingt, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Schädlingsbekämpfung gehört zwar nicht in diese Geschäftsgruppe, aber es gibt keinen Wald, in dem alle Schädlinge ausgerottet sind, und wer einen Garten neben einem Wald hat, muß ganz einfach mit Schädlingen rechnen.

Die Anregung wegen hellerer Straßenbeläge werde er mit den zuständigen Abteilungen besprechen.

Die Aufforstung des Laaer Bergs ist tatsächlich eine einmalige Leistung, die auch im Ausland größte Beachtung findet.

Der Lainzer Tiergarten hat erfreulicherweise steigende Besucherzahlen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 7. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der SPÖ (wildes Siedeln) wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Samstag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Koci (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rumänische Handball-Weltmeister im Wiener Rathaus
=====

13. Dezember (RK) Im Namen des Bürgermeisters und des Stadtsenates begrüßte heute vormittag Stadtrat Sigmund im Roten Salon des Wiener Rathauses die rumänische Damen- und Herren-Handballnationalmannschaft, die beide Weltmeister im Hallenhandball sind. Stadtrat Sigmund hieß die Gäste herzlich willkommen und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

Morgen werden die beiden Weltmeistermannschaften in der Wiener Stadthalle gegen die österreichischen Nationalmannschaften auftreten. Anschließend werden sie in Frankreich und in Ost-Berlin Spiele bestreiten.

Für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus dankte der Präsident des rumänischen Handballverbandes, Herr Costea.

- - -

Gesperrt bis 24 Uhr:

Vier neue Preisträger der Renner-Stiftung
=====

13. Dezember (RK) Zum elften Male seit ihrem Bestehen werden heuer Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Sie ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen ganz besonderer Art handeln: um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter erschwerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, mitmenschliche Beziehungen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um Tätigkeiten von weittragender Bedeutung auf sozialem, politischem, kulturellem, wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet, die das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöhen.

Auf Grund eines einstimmigen Vorschlags des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat Bürgermeister Jonas die Preise des Jahres 1963 an vier Personengemeinschaften vergeben. Es handelt sich um den Verein Wiener Sängerknaben, den Verein Österreichische Krebsgesellschaft, den Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs und um die Österreichische Himalaya-Gesellschaft.

Die feierliche Preisverleihung durch Bürgermeister Jonas findet Mitte Jänner im Rathaus statt.

Wenn der Gemeinderat zustimmt, wird die mit den Renner-Preisen verbundene jährliche Gesamtgeldsumme von 100.000 auf 200.000 Schilling erhöht. Diese materielle Aufwertung positiver Leistungen hat Vizebürgermeister Mandl in der letzten Sitzung des Stadtsenates beantragt.